



FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag

Positionspapier

Für Partnerschaft und fairen Wettbewerb im Bildungswesen – Kooperationsverbot aufheben

1 Wir wollen den Weg zur Bildungsrepublik ebnen und unser Bildungssystem
2 verbessern. Dazu brauchen wir ein zielgerichtetes Zusammenwirken von
3 Kommunen, Ländern und dem Bund in einer gelebten Bildungspartnerschaft.

4

5 Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung unserer Gesellschaft
6 ist eine sehr gute Bildung unserer jungen Generation und ein lebenslanges Lernen
7 der Bevölkerung von herausragender Bedeutung. Bildung sichert die Innovations-
8 und Zukunftsfähigkeit unseres Landes und ist Garant für Wohlstand. Für uns Liberale
9 ist Bildung ein Bürgerrecht und *die* Zukunftsressource unseres Landes. Bildung ist
10 *der* Schlüssel für gesellschaftlichen Aufstieg und nicht nur angesichts des eklatanten
11 Fachkräftemangels *die* soziale Frage unserer Zeit. Deshalb sind gleiche
12 Bildungschancen für alle Kinder (insbesondere auch für Kinder aus sozial
13 schwierigem Umfeld und mit Migrationshintergrund) unser oberstes Anliegen.

14

15 Eine liberale Bildungspolitik will die einzelne Schule stärken. Eigenverantwortlichere
16 Schulen sind nach unserer Überzeugung wesentlich besser in der Lage,
17 verantwortungsbewusste Entscheidungen zu treffen, die den unterschiedlichen
18 Bedürfnissen an den einzelnen Schulen gerecht werden. In diesem Zusammenhang
19 ist auch über eine erweiterte Verantwortung der Kommunen als Schulträger
20 nachzudenken. Liberale Bildungspolitik möchte die Menschen zu einem Leben in
21 Freiheit und Verantwortung befähigen.

22

23 Unser Grundgesetz legt die Kultushoheit in die Hände der Länder und dabei soll es
24 bleiben. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich Bildungspolitik zersplittert und
25 unkoordiniert vollziehen muss. Um die Vorteile unseres föderalen Systems nutzen zu
26 können und einen fairen Wettbewerb in Gang zu setzen, müssen im Interesse der
27 Chancengleichheit vergleichbare Grundbedingungen herrschen. Nur so lassen sich
28 bundesweit die bestmöglichen Grundlagen für Bildung sicherstellen.

29

30 Wir sprechen uns deswegen für eine von allen unterstützte Kooperation und eine
31 gelebte Partnerschaft von Kommunen, Bund und Ländern aus, mit dem Ziel einer
32 gemeinsam verantworteten Bildungspolitik. Dazu gehören für uns eine Stärkung der
33 Eigenverantwortung von Schulen durch die Bundesländer, Transparenz und
34 Wettbewerb im Bildungssystem, Qualitätssicherung sowie die Vereinbarung
35 gemeinsamer Standards und deren Umsetzung durch die Länder, die
36 Gewährleistung von Mobilität von Schülern und Lehrkräften und die Ermöglichung
37 von Bildungsinvestitionen durch den Bund im Einvernehmen mit den Bundesländern.

38

39 In den Schulen werden zusätzliche Mittel benötigt, die von den Ländern vielfach nicht
40 allein aufgebracht werden können: z. B. für zusätzliche, individuelle Förderung von
41 lernschwachen Schülern insbesondere des Hauptschulbildungsgangs; die
42 Unterstützung von Brennpunktschulen; die Finanzierung von Kooperationsvorhaben
43 von Schulen etwa mit Sportvereinen oder Musikschulen; die dringend notwendige
44 Verbesserung der Nutzung digitaler Medien; die Fort- und Weiterbildung des
45 Lehrerkollegiums; die Umsetzung des Rechts auf ein inklusives Bildungssystem aus
46 der UN-Behindertenrechtskonvention.

47

48 Unser Ziel ist es, Schranken für die Investition in die Zukunftsressource Bildung
49 abzubauen und einen möglichst effektiven Mitteleinsatz zu erreichen. Das im Jahr
50 2006 im Rahmen der Föderalismusreform I eingeführte sogenannte
51 Kooperationsverbot hat sich nach unserer Auffassung nicht bewährt. Um das Ziel
52 einer besseren Finanzierung von Bildungsprojekten vor Ort zu erreichen,
53 intransparente Querfinanzierungen zu vermeiden, Transaktionsverluste zu
54 reduzieren und zielsichere Bildungsinvestitionen zu ermöglichen, ist die Aufhebung
55 des Kooperationsverbotes notwendig.